

1 IR-06
2 Antragsteller: UB Solingen
3
4 Der Landesparteitag möge beschließen:
5
6 **Vereinbarkeit von Familie und kommunalem Mandat**
7
8 Die Landtagsfraktion wird beauftragt, einen Antrag zur
9 Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunal-
10 wahlgesetzes einzubringen, um die Vereinbarkeit von
11 Familie und Kommunalen Mandat zu realisieren.
12
13 Konkret soll geändert werden:
14
15 • Beantragt ein Mitglied in einem kommunalen Parla-
16 ment innerhalb der gesetzlichen Mutterschutzfrist
17 Urlaub, ist dieser zu gewähren.
18
19 • Zum Zwecke der Kinderbetreuung oder Pflege von
20 Angehörigen kann der (Ober)Bürgermeister kom-
21 munale Mandatsträger auf Antrag für längstens
22 sechs Monate für die Fraktions-, Ausschuss-, Plenar-
23 und sonstigen mit der Ausübung des Mandats zu-
24 sammenhängenden Sitzungen beurlauben.
25
26 • Weiterhin soll eine flankierende Regelung ergänzt
27 werden, die auch bei physischer Abwesenheit ei-
28 ne Abstimmungsmöglichkeit für den abwesenden
29 kommunalen Mandatsträger oder dessen Fraktion
30 vorsieht oder im Sinne des Pairings gewährleistet.
31
32
33 **Begründung**
34 Die NRWSPD möchte, dass sich mehr Menschen
35 politisch beteiligen können.
36 Wir möchten, dass mehr Menschen aktiv in ein kom-
37 munales Ehrenamt einsteigen und aktiv bleiben, gerade
38 wenn sie in familiärer Verantwortung für Kinder oder zu
39 pflegende Angehörige stehen.
40
41 Kommunale Mandatsträger*innen sind ehrenamtlich
42 tätig. Sie unterliegen damit nicht dem Mutterschutzge-
43 setz oder dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.
44 Bisher gibt es noch in keinem kommunalen Parlament
45 eine Regelung zur Vereinbarkeit von Familie und kom-
46 munalem Mandat, die dem besonderen Umstand für
47 junge Väter und vor allem für junge Mütter Rechnung
48 trägt.

Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an:
SPD-Landtagsfraktion NRW